

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Reaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gebl. Petitzeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Partei und Gewerkschaft.

Der vor mehreren Wochen in Berlin jutage getretene Tarifbruch der Maschinenmeister bei der Firma Scherl dürfte noch in aller Erinnerung sein. Durch das Hinweggehen über die ordnungsgemäß zustande gekommenen Entscheidungen des Tarifamts, seitens der dort beschäftigten Maschinenmeister, sowie die Solidaritätsmaßnahmen der Verbandsmitglieder bei den anderen, mit der Firma Scherl in enger Verbindung stehenden Firmen, ist der Organisation von „Weltzug“ ein sehr gefährlicher Präzedenzfall entstanden. Im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des Buchdrucker tariffs ist dieses Vorkommnis keine angenehme Erscheinung für den sozialdemokratischen Buchdruckerverband. Trotzdem man über die Entscheidung des Tarifamts, (welche sich in der Hauptsache um die Arbeitszeit drehte und der Firma das Recht einräumte, zwei Vertrauensmänner zu entlassen, was auch geschah), verschiedener Meinung sein kann, hatten die Maschinenmeister kein Recht, die Arbeit zu verweigern. Nur auf legalem Wege, so wie ihn der Tarif vorschreibt, hätten sie eine Veränderung anstreben können. Sie schlugen aber rücksichtslos den vorgeschriebenen Weg aus und übten somit Tarifbruch.

Wegenüber dem inneren Mißbehagen eines großen Teils der Mitglieder des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes über den Entschluß des Tarifamts, welcher den Konflikt veranlaßte, galt es seitens des Verbandsvorstandes, eine starke Probe auf die Disziplin auszuüben. Durch die sozialdemokratische Erziehungsbewegung im Verbandsbereich „deutschen“ Buchdrucker ist heute die radikale sozialistische Idee in ihm schon stark ausgebreitet. In der sozialistischen Parteipresse finden die radikalen Schreier jederzeit die ihnen Ideen entsprechende Unterstützung.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes griff bei dem Konflikt entsprechend dem Tarifschutz zu. Die Streikenden, welche der Aufforderung zur Arbeitsaufnahme nicht nachkamen, wurden kurzerhand ausgeschlossen. Eine Gauleiter-Konferenz erklärte in einer Resolution die Maßnahmen des Hauptvorstandes für durchaus richtig. Den im Lande sich anschleichenden Protest gegen seine Maßnahmen erstichte er mit der Androhung unnahezu schließlichen Ausschusses. Die Aufforderung, sein Amt niederzulegen, lehnte er ab mit dem Hinweis, daß er von der Generalversammlung bis zur nächststehenden gewählt und somit mit der Wahrung des Verbandes nach allen Richtungen betraut worden sei. Jedenfalls war sich der Verbandsvorstand in diesem Augenblicke klar darüber, daß es galt, einen regelrechten Angriff auf die Tarifgemeinschaft abzuwehren. Die äußerst scharfen und auffälligen Maßnahmen dürften in der Hauptsache durch die bevorstehenden Tarifverhandlungen beeinflusst worden sein. Der Vorstand ist sich bewußt, daß in seinen eigenen Reihen viele Feinde des heutigen streifen Tarifverhältnisses sich befinden. Diese fraternisieren mit der radikal-sozialistischen Presse darin, daß eine solide ordnungsgemäße Tarifpolitik die Kräfte des Klassenkampfes verahme. Laßtige Fesseln sind ihnen die Tarifverträge; sie könnten den drohenden, revolutionären Massenschritt der Arbeiterpartei hindern. Darum: „Zum Teufel mit den Tarifverträgen“, wie die Leipziger Volkszeitung einst ausrief. Gedehliche und sichere Verhältnisse werden von der Sozialdemokratie noch immer scheel betrachtet und unschlüssig gemüht, weil eben auf solchem Boden das Parteinteresse nur turglich gedeiht.

Lehrreiche Einblicke haben die sich in leidenschaftlichen Bahnen bewegte Versammlungen der Berliner Buchdrucker und sonstige dabei interessierende graphische Organisationen gestattet. So insbesondere die von 6000 Buchdrucker besuchte Versammlung in der Neuen Zeit in Berlin. Das Verwerfen der Resolution der Gauleiter zu Gunsten des Vorstandes des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes und das ausgesprochene Fabels vorum sprechen Wände: Trotzdem in letzterer Zeit über die Vorfälle mehr Stillschweigen im interessierenden Lager eingetreten ist, glimmt das Feuer unter der Decke weiter und es bedarf nur eines Funken, um es desto leidenschaftlicher neu auflodern zu lassen. Die bevorstehende Tarifrevision dürfte vorerst dämpfend zu wirken in der Lage sein, aber falls nicht erreicht wird, was man erhofft, so wird der rasende See unter dem Motto: Klassenkampf und Parteizug, sein Opfer verlangen.

Der „Korrespondent“ das Organ des Buchdruckerverbandes wehrte sich in gezwungener Weise im Interesse des Tarifs mit aller Schärfe gegen jene radikal-sozialistische Parteipresse, welche auf den Verbandsvorstand loszuschlug und für die Tarifuntreue offen Partei ergriff. Aber auch diese sagte dem „Korrespondent“ mehr als ihm lieb war und die Geschichte zeitigte folgendes lehrreiches Endspiel: Die „Zittauer Morgenzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 13. August folgendes Geheimverlaß des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

„Nicht veröffentlichen!

Berlin, den 8. August 1911.

An die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse!
Werte Genossen!

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte die Absicht, wegen der Beschwerden des Buchdruckerverbandes über einen Teil der Parteipresse in „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ die beiliegende Erklärung zu veröffentlichen. Da diese Erklärung im Sinne der Mannheimer Resolution die Interessen von Partei und Gewerkschaften berührt, hat die Generalkommission uns hier von vorher verständigt.

Da uns in der gegenwärtigen politischen Situation eine öffentliche Diskussion dieser Beschwerden den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich erscheint, haben wir die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, von der Veröffentlichung dieser Erklärung abzusehen und uns erboten, die Parteipresse durch Zirkular von der beabsichtigten Erklärung in Kenntnis zu setzen.

Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften gleichzeitig erklärt, daß wir ihre Beschwerde über die gehässige Schreibweise der angezogenen Parteiblätter für durchaus berechtigt halten. Eine solche Kampfesweise widerspricht nicht nur den Grundfragen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch in schroffem Widerspruch zu dem Jenaer Parteitagbeschlusse über die Pressefragen, in dem der Parteitag gegen eine gehässige, persönlich verletzende Art der Diskussion Einspruch erhob und es weiter heißt: „Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der weiteste Spielraum gelassen werden muß.“

Wir eruchen die Redaktionen der Parteipresse, die Jenaer Resolutionen bei Vorkommen zu beachten. Mit Parteigrüß!
Der Parteivorstand.“

Die Erklärung der Generalkommission, die diese aus gewerkschaftlichem Interesse zu veröffentlichen gedachte, aus Liebe zu den sozialdemokratischen Parteinteressen aber niederdrückte hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung der Generalkommission.

Die Vorkommnisse im Berliner Buchdruckerberbe und die daraus entstandenen Differenzen im Verbands der Deutschen Buchdrucker haben in den letzten Wochen die Arbeiterpresse allgemein beschäftigt. Dabei haben einige Parteiblätter eine Haltung eingenommen, die im schärfsten Gegenlag zu den Bestrebungen steht, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften fördern sollen.

Einige Beispiele mögen hier angeführt werden.

Die „Freie Presse“ in Eberfeld schreibt:

„Wenn die Gauvorsitzer und der Vorstand aber glauben, daß sie mit dieser Resolution den Frieden im Buchdruckerberbe wie im Verbands wieder herstellen würden, so irren sie sich gewaltig. Denn bereits gestern abend nahm eine Delegiertenversammlung der Berliner Buchdrucker Stellung zu der Frage. . . Im übrigen ist der bildliche Ton, in dem die unbedequate Kritik der Arbeiterpresse an dem Tarifamtsurteil abgetan wird, sehr charakteristisch. Ein derartiges Schindluder spiel, wie es die Buchdruckerverbands-Delegationen mit den Arbeiterinteressen getrieben haben, zu brandmarken, wird nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterpresse sein, ganz gleich, ob es den Tarifanpfezern recht ist, oder nicht. Im so mehr, als der „Korrespondent“ über die Berliner Versammlung, die sich fast einstimmig gegen das Tarifamtsmeisterstück richtete, nichts berichtet hat und die Öffentlichkeit von

einer dem Tarifamt entgegengesetzten Ansicht überhaupt nur durch die Arbeiterpresse erfahren konnte.“

Das Solinger Parteiblatt schreibt:

„Der Beschluß der Gauleiterkonferenz wird in der ganzen freizorganisierten Arbeiterschaft lebhaftes Befremden und schärfste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerträglich bürokratischen Absolutismus, der jede solidarische Handlung der Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Feindschulds treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation die sich als Schutztruppe des Unternehmers fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit, in der er vor einer neuen Tarifrevision steht, eine schwere innere Krise durchzumachen haben wird, dank dem Unverständnis seiner führenden Elemente.“

Neben diesen Schimpfereien konnte man in einzelnen Parteiorganen eine andere, in der äußeren Form anscheinend sachliche Taktik beobachten, deren Tenor jedoch keine andere war. Als Beispiel führen wir folgende Auslassung der „Essener Arbeiterzeitung“ an:

„Disziplin und Vertragstreue sind notwendige Charaktereigenschaften für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; nichtsdestoweniger sind aber Gewerkschaftler nie zu unbefehener soldatischer Disziplin zu erziehen, und die Vertragstreue findet ihre natürlichen Widerstände in der Berufssolidarität, wo die kollegialen Interessen der Arbeiter in Gefahr geraten.“

Das Essener Parteiblatt hätte alle Ursache, in diesem Falle Zurückhaltung zu üben, da es wissen mußte, daß im eigenen Betriebe ähnliche Vorkommnisse wie in Berlin zu beklagen waren, die zur Anrufung des Tarifamts führten.

Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihr angeschlossenen Organisation entschiedenen Protest; sie wird genötigt sein, wenn die hier gekennzeichnete Kritik in einem Teil der Parteipresse fortgesetzt wird, diejenige Zurückhaltung in der Antwort aufzugeben, die ihr bisher zur Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses geboten erschien. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verschärfung der innerhalb einzelner Gewerkschaften entstehenden Differenzen beizutragen. Die Generalkommission erwartet von der Parteipresse, daß sie auch dem Buchdruckerberbe gegenüber die Haltung einnimmt, die dem Frieden in der Arbeiterbewegung dient und sich aus den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages ergibt, wonach Partei und Gewerkschaften

„in ihren Kämpfen auf gegenseitige Unterstützung und Zusammenwirken angewiesen“ sind.

Im vorliegenden Falle hätte die Parteipresse aus dem neutralen Verhalten des Dresdener Gewerkschaftstages ersuchen können, daß es sich um Streikfragen handelt, deren Beurteilung selbst die in der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden Kongreßteilnehmer zunächst den Instanzen des Buchdruckerverbandes überließen. Das hätte die Parteipresse um so mehr berücksichtigen müssen, als die Buchdrucker vor einer Tarifrevision stehen. Wenn Parteiorganen in solcher Situation innere Zwifigkeiten sühren, so kann das nur die Position der Arbeiter bei den Tarifrevisionen schwächen. Die Generalkommission hält sich für verpflichtet, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zunächst zu zeigen, wie ein Teil der Parteipresse den Mannheimer Beschluß zur Ausführung zu bringen für gut hält. Sie wird nicht Abstand nehmen, in der Folge auf solche Auslassungen die Antwort zu geben, die solchen Anrempelungen gebührt.“

Das ist der unrlühmliche Schlußakt gegenüber einer den Scharfmachern und Tariffeinden erwünschten Nebenregierung der „freien“ Gewerkschaften. Die Generalkommission macht die Angelegenheit des Buchdruckerverbandes zu einer solchen aller sozialdemokratischen

Gewerkschaften. Sie tat solches sicher in der Ueberzeugung, gegen ein bezätigtes arbeitserhödigendes Treiben Front machen zu müssen. Aber das „Eruchen“ der Partei hat gemerkt, die Generalkommission könnte zusammen, weil wir vor den Reichstagswahlen stehen und das politische Interesse der Sozialdemokratie leiden könnte, deshalb mußten die gewerkschaftlichen Interessen der Parteinteressen geopfert werden. Sozialdemokratische Partei und „freie“ Gewerkschaften sind eins, tief Bismarck f. S. aus und fügte hinzu: und sie werden eins bleiben. — Wenn aber trotzdem bisher in bürgerlichen Kreisen sowie ein Teil der bürgerlichen Presse, durch alle möglichen Tricks im Buchdruckerhandwerk, an eine den Statuten dieses Verbandes entsprechende Neutralität glaubten, so dürfte diesen Kurzstichtigen das Geheimniskäufchen den vollständigen Verweis erbracht haben, daß für den Buchdruckerhandwerk wie für alle „freien“ Verbände, die gleiche enge Verbindung mit der sog. Partei besteht. Das Basalverhältnis der „freien“ Gewerkschaften zur roten Partei spiegelt sich ferner auch drastisch an den verächtlichen Anpreisungen der roten Parteipresse gegen die Gewerkschaftsführer. Diese können und dürfen aber kaum etwas dagegen tun, sondern müssen mit Dank, Hohn und Spott über sich ergehen lassen, um dann nach kurzer Erholung wieder desto eifriger, im Dienste der Gewerkschaftsorganisation, für die sozialdemokratische Partei zu wirken.

Katholische Fachabteilungen und christliche Gewerkschaften in 1910.

Sämtliche gewerkschaftliche Organisationen Deutschlands konnten ein erhebliches Fortschreiten im Jahre 1910 berichten. Die katholischen Fachabteilungen, die auch als gewerkschaftlich gelten wollen, sind dagegen von einem bemerkenswerten Mißgeschick betroffen: Ihre sowie äußerst minimale Mitgliederzahl ist nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken, ebenso auch die Einnahmen und Ausgaben. Um einen Vergleich zwischen den Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen, bringen wir eine Uebersicht über Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben von den letzten drei Jahren. Diese betragen:

Katholische Fachabteilungen:

Jahr	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
1908	18 000	239 633	206 648	122 286
1909	18 460	244 670	260 070	106 887
1910	17 180	226 829	227 026	106 689

Christliche Gewerkschaften:

Jahr	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
1908	280 700	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1909	280 000	4 812 320	3 843 504	5 365 338
1910	316 115	5 490 000	4 916 000	6 113 710

Die Fachabteilungen sind demnach im Jahre 1910 um 1800 Mitglieder zurückgegangen, die christlichen Gewerkschaften dagegen stiegen um 36 000. Die Einnahmen der Fachabteilungen gingen um 17 841 Mark zurück, und ihr Vermögensbestand blieb ziemlich konstant; die christlichen Gewerkschaften dagegen erhöhten ihre Einnahme um 877 000 Mark und ihren Vermögensbestand um 748 372 Mark. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß es sich bei den Fachabteilungen in der Regel um ganz kleine Berufsgruppen handelt, die den Verlust doppelt schwerer empfinden.

Nach ihren Angaben haben die Fachabteilungen im Jahre 1910 circa 20 Tarife abgeschlossen. Wenn damit aber gesagt werden sollte, daß sie nun auch die Einleitung dazu gemacht und die Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt hätten, so trifft dies fast gar nicht zu. Fast durchweg alle Tarife waren bereits von den gewerkschaftlichen Organisationen getätigt, und schlossen sich später die Fachabteilungen an. Einige schlossen sie ab, während die übrigen Arbeiter im Kampfe standen, so in Zier und Neisse bei Bauarbeiterausperrung. Die Angaben über Tarifabschlüsse seitens der Fachabteilungen sind aber auch noch mit Vorsicht aufzunehmen. So berichtet z. B. das Protokoll des 5. Delegiertentages der Bezirksgruppe der Holzarbeiter des Verbandesbezirks Berlin vom 26. Februar d. J. über einen Tarifabschluß in 1910:

„16. Sept. Werkstattversammlung in der Treppengeldnerfabrik, wo ein Streik ausgebrochen, durch Fabrikherrn (Zentralvorstand) der Fachabteilung der Holzarbeiter D. N. ein Tarif abgeschlossen, aber keine Mitglieder gehabt.“

Verträge ohne Mitglieder sind natürlich praktisch ohne jede Bedeutung.

Die christlichen Gewerkschaften dagegen schlossen im Jahre 1910 mit Arbeitgeber oder deren Organisationen 458 neue Tarifverträge ab, am Jahresschluß waren sie an 937, darunter die Reichstarife der Maler, Schneider und Bauarbeiter, beteiligt. Wie kam es zu der Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die sozialpolitische Arbeiterbewegung Deutschlands nicht berechnen werden wie durch diese Zahlen, wie andererseits die Unbedeutendheit und Unfruchtbarkeit der Fachabteilungen bewiesen wird.

Die Verluste an Einnahmen und Mitgliedern der Fachabteilungen sind auf die Erhöhung der Beiträge und die Erhebung der Unterstützungsätze zurückzuführen. Da aber die Mitglieder nur eine Unterstützungsbeitragsleistung in den Fachabteilungen erbrachten und diese in einer Weise, die mit den „katholischen Grundfragen“ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin) gar nicht in Einklang zu bringen ist, ausgedeutet haben, mußte natürlich ihr Interesse an ihnen mit dem Moment verschwinden, wo eine Herabsetzung eintrat. Diese Herabsetzung wurde auf der letzten Generalversammlung der Fachabteilungen zu Weihnachten 1910 herbeigeführt,

indem, um die „fachberufliche“ Arbeit mehr zu „fördern“, die Beiträge erhöht und die Unterstützungsätze herabgesetzt wurden. Außerdem wurden schon im vergangenen Jahr die Bezugsbedingungen zur Erlangung von Unterstützungen erheblich erschwert. Das hat sie in Wirren gebracht, die sie heute noch nicht überwunden haben.

Die christlichen Gewerkschaften machen dagegen gute Fortschritte, sie haben die 350 000 Mitglieder bereits überschritten.

Auch der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin), der Träger der Fachabteilungen, zeigt ein ähnliches Bild der Entwidlung wie diese. Wohl sagt der Bericht des Vorstandes, „die Zahl der Verbände vereine ist während des Jahres 1910 gestiegen auf 1198“. Dieses „gestiegen“ kann insofern nicht richtig sein, als der Bericht von 1909 schon von „genau 1199 Vereinen“ berichtet. Die Gesamtannahme des Verbandes in 1910 (Arbeitervereine, Sterbefassen und Fachabteilungsbeiträge) sollen 123 027,40 M. nach den Angaben des Vorstandes betragen haben. Da sich jedoch in dieser Summe 131 517,29 M. durchlaufende Posten und 224 497,44 M. Verbandsvermögen befinden, beträgt die tatsächliche Einnahme 867 012,73 M. Im 1909 betrug dieselbe 900 796 M., somit ein Rückgang um 33 783 M. Ohne die Fachabteilungen vereinnahmte der Verband 640 183,45 M. Diese Einnahme zerlegt sich wieder in Beiträge zu den Arbeitervereinen und den Sterbefassen. Erstere gingen von 280 732 M. in 1909 auf 200 260 M. in 1910, die Sterbefassen gingen ebenfalls in ihren Einnahmen, wenn auch nur gering, zurück. Da die Sterbefassen den zuverlässigsten Geldmeister der Mitgliederzahlen des Verbandes bilden, so kann das „gestiegen“ ein hundert Mitglieder nur dann richtig sein, wenn das Wörtchen „hinab“ daruntergelesen wird.

Von den Ausgaben des Verbandes entfallen auf reine Unterstützungen (Sterbeunterstützung und Wohlfahrtsbeiträge für Zugewandene) 103 691,16 M., auf die Verbandsorgane 124 251,09 M. und auf Gehälter, Agitation, Verwaltung, Unterhaltung der Sekretariate usw. 228 674,30 M.

Der Grund des Rückganges beim Stagnation des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sig Berlin) wird wohl in der Bekämpfung mit den Fachabteilungen zu suchen sein. Denn im Gegensatz hierzu hat z. B. der Westdeutsche Verband katholischer Arbeitervereine im gleichen Zeitraum um 12 000 Mitglieder zugenommen. Von den angeblich 130 000 Mitgliedern ersteren Verbandes haben sich mit Ach und Krach trotz 10jähriger Agitation, und was für welche, 17 000 den Fachabteilungen angeschlossen. Von den übrigen 113 000 muß angenommen werden, daß sie von vielen nichts wissen wollen. Um diese nun in die Fachabteilungen zu zwingen, verfuhr der Delegiertentag des Berliner Verbandes in 1910, daß sämtliche Vereine beschließen können, daß Mitglieder, die zu einem von der Fachabteilung des betreffenden Vereins vereinbarten Tarifabschluß arbeiten, oder alle neuereinstellenden, organisationsfähigen, oder überhaupt alle organisationsfähigen, den Fachabteilungen beitreten müssen. Man bemüht sich jetzt recht eifrig um die Durchführung dieses Beschlusses, aber wo nur der Versuch dazu gemacht wird, setzt es eine kleine Revolution ab. Meistens werden dann die Finger davon gelassen. So werden die Fachabteilungen um keinen Schritt vorwärts gebracht, dagegen in die Arbeitervereine Lärme und Verwirrung hineingetragen. Wird gar der Zutritt zu den Arbeitervereinen von dem gleichzeitigen Zutritt zu den Fachabteilungen abhängig gemacht, ist es um das Wachstum der Arbeitervereine getan. Die Arbeiter erblicken eben in den Fachabteilungen keine wirtschaftliche Interessvertretung, vielmehr eine kostspielige Zwangsinstitution. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin) wird daher auch mit Zwangsmitteln den Fachabteilungen nicht zu dem so lange inbrünstig erwünschten und bitter umkämpften Ansehen verhelfen können, wohl aber kann er sein eigenes Wachstum nachteilig beeinflussen. Um der idealen Zwecke der konfessionellen Arbeitervereine halber ist das immerhin zu bedauern. Wir hoffen aber heilselig nicht, daß damit ein Umschwung in der Meinung der leitenden Personen dieses Verbandes herbeigeführt werden könnte.

Die Situation ist heute so, daß die Fachabteilungen nach wie vor numerisch nicht in Betracht kommen, auch nicht kommen werden. Auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter haben sie nicht den geringsten Einfluß. Sie befinden sich zudem in einer fasten inneren Krise, in die sie auch den Verband der katholischen Arbeitervereine (Sig Berlin) mit hineingezogen haben. Die christlichen Gewerkschaften dagegen stehen in innerer Klarheit festgesetzt denn je und befinden sich in kräftiger Aufschwung. Die 350 000 sind überschritten, mit frohen Hoffnungen streben sie der ersten halben Million zu.

Ausperrung der christlich-organisierten Tabakarbeiter in ganz Westdeutschland.

Einer Meldung der Tagespresse zufolge soll nunmehr eine Ausperrung der christlich-organisierten Tabakarbeiter für ganz Westdeutschland vorgenommen werden, nachdem die Ausperrung am Niederrhein bereits 3 Wochen dauert. Nach den bisherigen Erfahrungen muß angenommen werden, daß ein Teil der führenden Personen am Niederrhein und besonders in Westfalen unter allen Umständen auf eine mit keinerlei sozialpolitischen Gründen zu rechtfertigende Knastprobe mit dem christlichen Tabakarbeiter-Verbande hinarbeiten. Das geht aus dem ganzen bisherigen Verhalten hervor, gegenüber den fortgesetzten Bemühungen des christlichen Verbandes, eine Verständigung herbeizuführen. Zu Beginn der Bewegung wurde unausgesetzt betont, daß nur deshalb nichts bemittelt werden könne und die Ausperrung erfolgen werde, weil der Fabrikabschluss nicht vorstellig geworden sei. Als dann aber der Auspruch zweimal vorgelesen wurde und fast kein Zugeständnis gemacht worden war,

erfolgte die Ausperrung doch. Nun hatten, wie bereits kürzlich mitgeteilt wurde, am Donnerstag den 17. August die ersten Verhandlungen von Organisation zu Organisation stattgefunden, in denen aber fast gar kein Entgegenkommen von den Arbeitgebern gezeigt wurde. Es war ausdrücklich vereinbart worden, in genannter Verhandlung nur die Differenzen bei der Firma Raftan zu besprechen, während die Forderungen der Arbeiter in ähnlichen weiteren Betrieben erst durch den Fabrikabschluss vorgetragen werden müßten. Nun wurden am vergangenen Donnerstag, den 24. August die Ausschüsse auch vorstellig. Nun geschah aber das Unerwartete: Eine Firma bestritt überhaupt, daß in der genannten Verhandlung eine solche Verabredung getroffen worden sei, eine andere bestritt die Verabredung nicht, behauptete aber, es sei die Verbindung gestellt worden, daß erst die Differenzen mit der Firma Raftan erledigt sein müßten, während eine Firma entsprechend der vom Fabrikanten-Verband aufgestellten Forderung in die Verhandlungen mit dem Ausschuss eintrat. Daraus geht hervor, daß die Fabrikanten in der Sache des verantwortungsvollen Ernst vermissen lassen und ein gefährliches Spiel mit Zusagen treiben. Von größtem Interesse ist auch die Aeußerung einer Firma gegenüber ihrem Arbeiterausschuss, daß, wenn jetzt andere Firmen etwas bemühten, dann könnte auch die betroffene Firma Raftan nicht mehr länger auf ihrem abledenden Standpunkt verharren. Ueberhaupt zeigten mehrere Fabrikanten, daß sie nicht abgeneigt wären, ihren Arbeitern auf die gestellten Forderungen entgegenzukommen. Daraus geht hervor, daß die überaus mächtig gehaltenen Forderungen bemittelt werden könnten, daß aber die Firma Raftan, von der die Differenzen ihren Ausgang nahmen und einige andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes es unter allen Umständen auf eine Knastprobe mit dem christlichen Tabakarbeiterverband abgeben haben.

Der Umstand, daß hier wegen eines Streiks bei einer Firma, deren beste Arbeiter nicht einmal auf 20 Mk. Wochenlohn kommen, eine solche umfangreiche Ausperrung vorgenommen werden soll, wird in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet bleiben. Es sei auch nochmals auf die Tatsache hingewiesen, daß sich diese Ausperrung lediglich gegen die christliche Organisation richtet. Der sozialdemokratische Verband hat verschiedene Streiks, besonders in Westfalen geführt, ohne daß eine Ausperrung erfolgte.

Es ist nunmehr an der Zeit, daß sich die Kollegen aller Berufe mit den kämpfenden Tabakarbeitern solidarisch erklären. Es handelt sich vor allem darum, den in Betracht kommenden Firmen zu zeigen, daß die christliche Arbeiterkraft kein Interesse für Fabrikate hat, die aus Betrieben herkömmt, die in sozialmühsamer Weise verschunden, und einem solchen geringfügigen Anlasse den christlichen Verband zu unterwerfen. In erster Linie muß den Fabrikanten aus demselben Grund klar werden müssen, daß im Augenblicke im Augenblicke die Arbeiter, die eine nichtausreichende christliche Arbeiterbewegung ist, für die der Begriff Solidarität kein leeres Wort ist. Aber auch die Firma Odenlohn in Rees werden sich die Arbeiter merken müssen, weil diese ganz offen erklären, sie werde unter ihren Tabakarbeitern Auslese halten und keine der kämpfenden Arbeiter mehr einstellen. Sie wird zu erfahren haben, ob die christlichen Arbeiter ihr von Streikbrechern hergekauftes Fabrikat noch brauchen wollen. Die Firma Raftan in Kaldenkirchen, welche bisher nur in erster Linie eine Einigung verweigert hat, ist dann weiter der besonderen Beachtung zu empfehlen. Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie ihre oft erprobte Solidarität den von ihr recht kämpfenden Tabakarbeitern nicht verlagern. Es wird gut sein, in allen Versammlungen auf die Unterstützung der Tabakarbeiter hinzuwirken.

Mundschau.

Die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften

Ist von unterschiedlichen Tageszeitungen kürzlich wieder angegriffen worden, weil der Zentralvorstand des Spahn, Vizepräsident des Reichsausschusses in einer politischen Rede in Godesberg unter den Redenden, die sozialpolitische Aufklärung im Volk betreiben müßten, neben Volksvereine für das katholische Deutschland und Arbeitervereine auch die christlichen Gewerkschaften genannt haben soll. Das soll nun ein Beweis dafür sein, daß die christlichen Gewerkschaften „Zentrumsorganisationen“ wären. So ein Unfug! Sozialpolitische Aufklärung und Schulung der Mitglieder ist eine Tätigkeit, die sich parteipolitischer Neutralität durchaus vereinbaren läßt und die auch in den christlichen Berufsverbänden schon seit deren Bestehen betrieben worden ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Arbeit — die häufig im Gegensatz zur sozialdemokratischen Parteibewegung stehen muß — den bürgerlichen Parteien, nicht allein dem Zentrum, sondern auch den Nationalliberalen, Konservativen, Christlichen Sozialen usw., zugute kommt, wenigstens indirekt. Die Gegner der christlichen Gewerkschaften haben bisher noch kein Material beizubringen vermocht, wonach christliche Gewerkschaftsführer in christlichen Gewerkschaftsversammlungen oder die christliche Gewerkschaftspresse einseitig für eine unter den bürgerlichen Parteien propaganda gemacht hätten. Im übrigen können die christlichen Gewerkschaften mit Zug und Redt fordern — was jede Partei- und Organisationsgruppe für sich reklamiert — daß man sie nach den programmatischen Neuerungen ihrer führenden Presse und leitenden Personen und nicht nach gelegentlichen Bemerkungen anderweitiger Kreise beurteilt. Auch Abgeordneter Spahn wird nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, der zufällige Interpret der christlichen Gewerkschaften zu sein. Die waren, sind und bleiben parteipolitisch neutral, so weit

alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reiches in Betracht kommen, ob nun gegnerische Blätter mit Beharrlichkeit das Gegenteil behaupten und schließlich nach Beweisen suchen oder nicht.

Völlige Ellenbogenfreiheit

steht die sozialdemokratische „Wannheimer Volksstimme“ vom 5. August 1911 als das besondere Kennzeichen der christlichen Gewerkschaften hin. „Seine andere Arbeiterbewegung hat eine so völlige Ellenbogenfreiheit aufzuweisen.“ Das ist ja auch in der Tat das, was die Gründer der christlichen Gewerkschaften erstrebten: eine Organisation, die nicht das Interesse einer Partei (der sozialdemokratischen), sondern das wohlverstandene Arbeiterinteresse Richtschnur sein sollte, die also in dieser Beziehung über völlige Ellenbogenfreiheit verfügen mußte. In diesem Sinne gilt für alle christlichen Gewerkschaften das, was auf der jüngsten Generalversammlung der Bergarbeiter in dem grundsätzlichen Referat von Imbusch festgestellt wurde:

„Wir können bei unserer Arbeit wirklich nicht auf jeden verantwortlichen Ratgeber hören und ihnen folgen. So dankbar wir für jeden gutgemeinten Rat sind, so entschieden müssen wir uns jeden unbedingten Eingriff in unsere Angelegenheiten verweigern.“

Demgegenüber ist die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaften eine wenig heilsame. Trotz der mehr als zwei Millionen Mitglieder sind sie heute noch genau so abhängig von der sozialdemokratischen Partei wie früher. Wer's nicht wußte, dem haben es u. a. die Vorgänge im Buchdruckergewerbe in letzter Zeit mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Der sich neutral nennende Bundschuhverband hat den sozialdemokratischen Parteivorstand um Hilfe und Inanspruchnahme anrufen müssen, um wenigstens seinen tariflichen Verpflichtungen ohne störenden Eingriff der sozialdemokratischen Presse nachkommen zu können.

Es ist gar nicht möglich, irgend einen Punkt, der das allgemeine Interesse der Arbeiterschaft hervorruft, zu behandeln, man darf es gar nicht wagen, einen Punkt anzuführen, der das Lebensinteresse der Arbeiter betrifft, ohne daß man sofort in einer Weise heruntergemacht wird, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von dem Bettenden nimmt. Diese Lage stimmt einer der marantesten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf der Geheimkonferenz vom Februar 1908 über die Behandlung der Gewerkschaften durch die Partei an. Und ein anderer fügte bei: „Es muß gesagt werden hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind... wir leiden unter Intoleranz und inneren geistigen Konflikten.“ Trotzdem nennt man sich „frei“!

Der Zentralverband Christlicher Lederarbeiter Deutschlands hielt vom 20.—22. August seine 6. Generalversammlung in München ab. Hier stand, wie bei so manchen unserer christlichen Gewerkschaftsverbände, die Frage des Verbandes. Seitdem hat der Verband eine in Anbetracht der Verhältnisse gute Entwicklung genommen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1910 6107, am 30. Juli 1911 5829. Das ist seit der letzten Generalversammlung eine Zunahme von 1210 Mitgliedern. Außerordentlich günstig haben sich auch die Kassenverhältnisse entwickelt. Einschließlich eines Bestandes von 29381 M. betragen die Einnahmen 228 966 M. Für Unterstüzungen wurden in 2 Jahren 70 644 M. ausgegeben. Davon für Streiks und Aussperrungen 42 144 M., für Krankheitsfälle 15 284 M., für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 8619 M. Das Verbandsorgan erforderte 10 809 M. Das Vermögen des Verbandes beläuft sich auf 69 361 M. Lohnbewegungen hatte der Verband in den 1 1/2 Jahren 101 mit 2739 beteiligten Personen, Streiks und Aussperrungen 19 mit 567 Beteiligten. Von letzteren waren nur 3 erfolglos mit 87 Mitgliedern. Die durch die Bewegung erzielten Erfolge, soweit sie sich äussermäÙig erfassen lassen, machen pro Jahr 109 000 M. und eine Arbeitszeitverlängerung von 369 000 Stunden aus.

Gewerkschaftsgelder für sozialdemokratische Parteizwecke.

Bekanntlich steht der Reichstagswahlkreis Düsseldorf vor einer Erziehung. Interessant ist es nun, wie die sog. „freien“ Gewerkschaften bei dieser Gelegenheit wieder ihre angebliche Neutralität betonen. Nicht nur daß man in den Gewerkschaftsversammlungen offene Propaganda für den sozialdemokratischen Kandidaten macht, auch die Gewerkschaftsgelder beginnen wieder reichlich für den sozialdemokratischen Parteifonds zu fließen. So meldet die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ in ihrer Nr. 173:

Zum Reichstagswahlfond hat die Organisation der Düsseldorfer Gewerkschaften in ihrer letzten Generalversammlung den Betrag von 500 M. bewilligt und für eine eventuelle Stichwahl weitere 500 M. in Aussicht gestellt. Das Geld ist bereits abgeliefert. Offenlich findet die Verwendung der Solidarität auch in anderen Gewerkschaften Nachahmung. Das „gute Beispiel“ hat schon rasch Nachahmung gefunden. In der Nr. 197 der gleichen Zeitung vom 28. August wird als für den sozialdemokratischen Wahlfond eingegangen quittiert:

Verband der Maler und Anstreicher (Zentrale Düsseldorf) 200 M.
Bauarbeiterverband Hilden 20 M.

Und trotz alledem begnügen sich diese Gewerkschaften noch wie vor mit erfruchtlicher Dreistigkeit als „neutrale Organisationen“ und was das verunberedelt ist, es gibt immer noch nicht-sozialdemokratische Arbeiter, die auf diesen Schwindel hereinfallen.

Unser Gegner! Sie rühren sich wieder. Ein systematischer Verdrängungsstreik gegen die christlichen Gewerkschaften ist im Gange. Die alten, längst ver-

gessenen Badenblätter werden wieder der Kampfkammer entnommen und mehr oder minder geschmacklos aufzestrichelt den sozialdemokratischen Lesern vorgelegt. An der Wiege der christlichen Gewerkschaften sollen Nichtarbeiter als Vater und Helfer gestanden haben. Als ob von Schmeizer und Viehrecht, die beiden Mitbegründer der sozialdemokratischen Organisationen, Arbeiter gewesen wären. Mit den Selbsten von Fabrikanten, von Geistlichen, Kaufleuten usw. sei in den christlichen Gewerkschaften die erste Agitation betrieben worden. Dabei meiß jeder mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung einigermaßen Vertraute, daß die christlichen Gewerkschaften meist aus Differenzen mit den Arbeitgebern herausgehoben sind und sich diesen gegenüber die Existenzberechtigung erst erklären mußten. Ebenso hatten die christlichen Gewerkschaften in den übrigen bürgerlichen Kreisen mit vielen Vorurteilen zu rechnen und mußten sich auch diesen gegenüber erst durchsetzen. Nichtarbeiter seien es heute noch, die die Agitationsarbeit für unsere Organisationen mit ihrem Gelde bezahlen helfen. Damit sind die Grenzenmitglieder gemeint, über die wir in einer der letzten Nummern schon das nötige gesagt haben. Mit solchen Wägungen suchen sich die roten Herrschaften über die in den eigenen Organisationen bestehenden Schwierigkeiten hinwegzusetzen.

Welch bodenloser Unfug von der sozialdemokratischen Presse im Kampf gegen die christlichen Organisationen manchmal bezapft wird, darüber ein Beispiel. Der soziald. „Badische Volksfreund“ brachte in Nr. 159 folgende Notiz:

„Der Rosenkranz ist das Geheimnis des gesellschaftlichen Erfolges. Es gibt doch kosmische Leute auf der Welt. Wurde da kürzlich in Berlin ein neuer katholischer Gesellenverein eingeweiht. Der Generalpräsident dieser mehr als eigenartigen „Gewerkschaftsbewegung“ der katholischen Gesellenvereine erklärte da unter anderem: „Die gemeinschaftlichen heiligen Kommunikationen stellen das Geheimnis unseres Erfolges dar.“ Nun, der Mann muß es ja wissen.“

Wir meinen, auch eine „Volksfreund“-Redaktion dürfte wissen, daß die katholischen Gesellenvereine weder „Gewerkschaften“ sind noch sein wollen. Die gegenwärtige Fäule scheint auch in den Köpfen mancher Genossen furchtbare Verwüstungen angerichtet zu haben.

Gelbe Hoffnungen und Enttäuschungen.

Der Hauptauschuss der nationalen (gelben) Arbeitervereine ist kürzlich in Dresden zusammengekommen. Aus den Verhandlungen ist bemerkenswert, daß sich die Gelben über die Haltung der konfessionellen Arbeitervereine ihnen gegenüber bitter beschwerten. Einige Vertreter verlangten, daß der Hauptauschuss sogleich den Kampf gegen die konfessionellen Arbeitervereine aufnehmen solle. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Fichtner wurde jedoch beschlossen, zunächst zu versuchen, eine friedliche Verständigung herbeizuführen. Der geschäftsführende Vorstand wurde ermächtigt, zu diesem Zweck mit den Führern der konfessionellen Arbeitervereine in Verbindung zu treten. Damit werden die Gelben nicht viel Glück haben. Die evangelischen Arbeitervereine sind nämlich in Göttingen überbar von ihnen abgerückt. Die Stellung der katholischen Arbeitervereine in Südb.-West- und Ostpreußen und zu einem Bündnis für die Gelben nur noch ein Berlin. Dieser Koalition stehen wir aber vorläufig noch neidlos gegenüber. Diese gängliche Vereinfachung scheint für den Bestand der Gelben gefährlich zu sein, weshalb die inactesteren Führer dieser „Arbeiterbewegung“ wieder in Aktion treten müssen. Diesmal ist es Herr Dr. Zänger, der bei den Papierfabrikanten ein gutes Wort für sie einlegte. Hierbei sekundiert ihm nun die „Adlische Zeitung“ in ihrer Abendausgabe vom 17. August. Sie gibt einen Passus aus der Rede des Herrn Dr. Zänger von der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände wieder und meint dazu:

„Sind doch die nationalen Arbeitervereine, die heute noch, nicht ohne Schuld der Öffentlichkeit und der Arbeitgeber, ein ziemlich unbedachtetes Dasein führen, nach der Ansicht manches umlichtigen (?) Sozialpolitikers die einzige Möglichkeit, die sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Arbeitskämpfe zu mildern dem Terrorismus der freien Gewerkschaften einen Damm entgegenzustellen und mehr Ruhe in die Industrie zu bringen. Vorläufig freilich sind die nationalen Arbeitervereine noch nicht stark genug, diese Mission zu erfüllen, und manches Vorurteil hindert ihre Entwicklung... Da nach den neuesten Veröffentlichungen nur 24,2 Prozent der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten in den freien Gewerkschaften organisiert sind, bleibt der Werberbeit der nationalen Arbeitervereine ein weites Feld.“

Diese Entwicklung, welche die Gelben natürlich nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Unterstützung der Unternehmer nehmen können, liegt aber noch in weiter Ferne. Geradezu fälschlich macht sich in diesem Rahmen eine Notiz, datiert Dresden, 17. Aug., in der vorerwähnten Adl. Zig., welche sie gleich unter dem eben genannten Artikel bringt. Es heißt dort:

„Die bürgerlichen Kreise halten es vielfach für einen groben, taktischen Fehler, daß der Verband der Metallindustriellen die nationalen Arbeiter genau wie die sozialdemokratisch organisierten in schroffer Form ausgesperrt hat. Die bürgerlichen Parteien befürchten, daß dadurch die Werberbeit für die nationalen Arbeitervereine in ganz Deutschland ungemein erschwert und daß zahlreiche nationale Arbeiter der Sozialdemokratie zugezogen werden. Die nationalen Arbeiter sind durch das Vorgehen des Verbandes der Metallindustriellen geradezu erbittert und betrachten den Kampf als gegen ihr Vereinsrecht überhaupt gerichtet. Das bisherige gute Verhältnis zwischen den nationalen Arbeitern und Unternehmern in Sachen ist getrübt, das Vertrauen der nationalen Arbeiter zu den Unternehmern schwer erschüttert worden. Viele Unternehmer verurteilen übrigens die Taktik des Verbandes der Metallindustriellen.“

Die armen Gelben haben wieder einmal erfahren müssen, daß mit der Liebedienerei auch nichts zu erreichen ist. Zwischen Pipp und Kellchbrand.

Eine „Kommunphotographie“ der Solidarität.

Am Sonntag, den 20. August hielt in Gausstadt bei Bamberg der sozialdemokratische Arbeiterabfahrer-Verein Solidarität in der Wirtschaft „Schweinsfurter Hof“ sein Stiftungsfest ab. Als Erinnerung hieran wollten die Festgäste ein Gruppenbild mit nach Hause nehmen. Der Fabrikarbeiter Schmauß, der erst kurze Zeit vorher das Glück hatte, in die „Solidarität“ aufgenommen zu werden, wollte sich natürlich davon nicht ausschließen, wurde aber von seinem Genossen Weß zurückgewiesen. Wutentbrannt zog Schmauß das Messer und verfeigte seinem Gegner gefährliche Stiche in Kopf und Rücken. Im Bamberger Krankenhaus kann nun der schwer Verletzte schmerzliche Betrachtungen über die Brüderlichkeit seines Genossen von der „Solidarität“ anstellen. Da gab 8 Tage vorher der christlich-oaterländische Rad- und Motorfahrer-Verband „Concordia“ in Bamberg mit seinem tausendköpfigen Radelkorso und Festkommers anlässlich seines 3. Verbandstages ein ganz anderes Bild von Frucht und Bruderdiebe; alle waren da besetzt von dem einen Gedanken der Einigkeit und Begeisterung für ihre hohen Ideale.

3. Verbandstag des Deutschen Rad- und Motorfahrerverbandes „Concordia“ in Bamberg.

Vergangenen Sonntag war die Einwohnerschaft der alten Frankensstadt Bamberg staunender Zeuge einer Kundgebung, die weit über Bayerns Grenzen hinaus bei Freund und Feind ein lebhaftes Echo finden wird. Der auf christlich-oaterländischen Boden als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Solidarität gegründete Deutsche Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ mit dem Sitz in Bamberg hielt unter reger Teilnahme aller Kreise der einheimischen und umliegenden Bevölkerung vom 12. bis 15. August in Bamberg seinen 3. Verbandstag ab. Am Vormittag verammelte ein fröhlicher Kundgebung die Mitglieder zum Gottesdienst, wobei die Standortrede der Ortsgruppe Bamberg vorgenommen wurde. Daran schloß sich ein musikalischer Frühstückstisch mit Begrüßung der Delegierten und Festmahl. Den Nachmittag füllte ein trefflich gelungener Festkorso aus. Etwa 65 Ortsgruppen des Verbandes, zum Teil aus weiter Ferne wie Rosenheim, München, Regensburg, Augsburg nahmen mit blumenumkränzten Rädern daran teil. Ein imposanter Festkommers am Abend löste die schon tagüber belunbete jubelnde Begeisterung der Mitglieder aus. Magistrat und Gemeindevorstand sandten ihre Vertreter. Die Spitzen der katholischen und protestantischen Behörden wünschten der Tagung glücklichen Erfolg. Das Ministerium des Inneren überbandte durch Ministerialrat v. Krageisen die besten Wünsche. Am Vormittag waren an S. M. den deutschen Kaiser und S. R. Hohenzollern den Prinzregenten von Bayern Gesandtschaftsadressen abgegeben. Ihre in warmen Ton gehaltenen Antworttelegramme, sowie das herzliche Telegramm des Grenzpräsidenten des Verbandes, S. Durchlaucht des Fürsten Alois v. Löwenstein, der den ehelichen Bestrebungen der „Concordia“ Gottes reichsten Segen wünschte, fanden begeisterte Aufnahme. Die Delegiertenversammlung am Montag schuf durch ihre weittragenden Beschlüsse eine erfreuliche Stärkung der Grundlage des Verbandes. Das finanzielle Fundament wurde gestärkt durch eine geringe Beitragserhöhung auf jährlich 2,60 M., das wirtschaftliche und ideale Programm durch Einführung von Jugendabteilungen, intensivere Pflege des Wintersports u. a. Der diensttägige Ausflug in das romantische Maintal gab dem lädenlos verlaufenen Programm einen glücklichen Abschluß.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 35. Wochenbeitrag per 1911 fällig. Wir machen die Berichterstatter über die Arbeitslosenstatistik aufmerksam, daß als Stichtag für die Zählung pro August der 26. August gilt. Die Karten sind bis längstens 4. September ordnungsgemäß ausgefüllt an die Zentrale einzufenden.

Der Zentralverband J. A.: Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen Abrechnungen und Gelder für das 3. Quartal bis 28. August ein: Dresden, Bonn, Leipzig und München.

Peter Supper, Zentralkassierer.

M. Glöckner ist für Goldschmittmacher gestimmt.

Rhein.-westfäl. Zahlstellen-Konferenz in Düsseldorf.

Am 10. September findet, wie bereits mitgeteilt, die rheinisch-westfälische Zahlstellen-Konferenz statt. Das Tagungslokal befindet sich im „Weidenhof“, Düststraße 87, Ecke Marienstraße. Beginn der Verhandlungen punkt 10 Uhr morgens. Tagesordnung: 1. Bericht der Zahlstellen. 2. Vortrag: Wie gewinnen wir die Jugend. Referent: Kollege Hornbach. 3. Beratung der Anträge. 4. Verschiedenes.

Wir bitten die Zahlstellen, recht tüchtige Delegierte zu dieser Tagung entsenden zu wollen, damit besonders die Aussprache über die beiden ersten

Punkte der Tagesordnung eine recht ersprießliche für unsern Verband werden möge.

Die Delegierten werden gebeten, pünktlich zur angegebenen Zeit zur Stelle zu sein, damit der Tag auch voll ausgenutzt werden kann.

Die vom Zentralvorstand herausgegebenen Statistiken bitten wir gewissenhaft ausgefüllt wieder mitzubringen. Ueberhaupt wird erwartet, daß im Interesse des Verbandes viele statistische Angaben über die Verhältnisse am Orte gemacht werden.

Es wird gebeten, daß sich auch außer den Delegierten noch recht viele Kollegen aus den umliegenden Zahlstellen einfinden mögen.

Mit kollegialem Gruß!

Der Vorstand der Zahlstelle Köln.

J. A.: Ant. Stockmann.

Der Vorstand der Zahlstelle Düsseldorf

ruft allen Delegierten und Vätern ein

Verzichtiges Willkommen

zu. Das Empfangskomitee wird am Hauptbahnhof (Hauptportal) durch grünweiße Schleichen erkenntlich sein.

Wir ersuchen die Zahlstellen nochmals an dieser Stelle, die zugesandten Antwortkarten baldmöglichst erliebigen zu wollen.

Mit kollegialem Gruß.

J. A.: Ant. Reimark, Vorsitzender.

Literarisches.

Wissenschaftliche Redeführer, Erfahrungen und Ratsschläge von Adolf Damaskus. Verlag Gustav Fischer-Jena. Preis 1 M. Bald beginnt das Winterhalbjahr, das für das Organisationsleben größtenteils die Posaillon bedeutet. Da heißt es schon jetzt die nötigen Vorarbeiten beginnen. Was der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Zeit mehr wie je nottut, ist eine Vernehmung der freiwilligen Kräfte. Die Zahl der Gegner ist groß, sie beschäftigen ein Heer von Beamten, bezahlten Gauleitern usw. Und doch, der christlich-nationalen Gedante muß sich fleißig durchsetzen, wenn — nun wenn jeder einzelne ein wahrer Streiter für seine Sache wird. Wie oft ist es nur Inaktivität oder falsche Scham, wenn man glaubt, vor der öffentlichen Verdächtigung zurücktreten zu sollen. Mächtig muß auch hier die Lebung den Weister machen, ganz besonders trifft dies zu auf alle die, die sich rednerisch für ihre und ihrer Vereinigen Interessen verwenden wollen. Für diese trifft es sich gut, daß der bekannte Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer — Leoben oben genannte Schrift herausgegeben hat. Damaskus, ein Weister der freien Rede, hat hier alle seine reichen Erfahrungen, die er in einer 25-jährigen Praxis gesammelt hat, niedergelegt. Das Buch zeichnet sich, wie alle Bücher Damaskus', durch leicht verständliche Darstellungsweise aus und gibt viel praktische Ratsschläge und Winke. Jeder eifrige Gewerkschaftler sollte es besitzen, es ist ein Buch das uns schon lange fehlte.

Die Reichsversicherungsordnung und ihr parlamentarisches Werden. Dargestellt von einem Mitgliede der Zentrumspartei. gr. 8° (107) M.-Gladbach 1911, Volkswirtschafts-Verlag, Preis einzeln 60 Pfg. 10 Exemplare zusammen M. 5.—

Die vorliegende Schrift bringt eine Darstellung der Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Vorteile gegenüber dem bisherigen Recht und spezieller Würdigung der Stellung, die die Zentrumspartei im Reichstage zu derselben eingenommen hat. Das erste Buch enthält die für alle Versicherungsarten gemeinsamen Vorschriften (Umfang der Versicherung, Träger der Versicherung, Versicherungsbeiträge usw.). Das zweite Buch behandelt die Krankenversicherung. Ausführlicher wird hier die sogenannte Neutralisierung der Krankenkassen besprochen unter Hinweis auf die bisher hier vielfach übliche sozialdemokratische Parteimitgliedschaft. Im dritten Buche wird die Unfall-, im vierten die Invaliden- (Alters-) und die neuer eingeführte Hinterbliebenenversicherung dargestellt. Das sechste Buch enthält die Vorschriften über die Feststellung der Leistungen durch die Versicherungsträger sowie das Verfahren, das ebenfalls gegen früher eine Verbesserung erfahren hat. Wo die Sozialdemokratie nach ihren Erklärungen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die Reichsversicherungsordnung als Agitationsstütze gegen die Parteien, die in mühsamer Arbeit diese geschaffen haben, auszuwehren will, dürfte die vorliegende Schrift sowohl zur Abwehr als auch zum Angriff vorzügliche Waffen liefern.

Aus den Zahlstellen.

Köln. Ein recht bewegtes Leben herrschte in den letzten Wochen in unserer Zahlstelle. Es handelt sich darum, ob wir uns der „Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit in Köln“ anschließen sollten oder nicht. Mit dem Anschlusse an diese Kasse wurde gleichzeitig auch eine Erhöhung des Volalbeitrages notwendig. (Siehe den Artikel in Nr. 16 d. „Grap. Stimmen“) dem noch ein ausführlicher Artikel in einer der nächsten Nummern folgen soll.)

Nachdem sich der Vorstand eingehend mit dieser Sache befaßt hatte, hielt in der Versammlung vom 5.

August der Gewerkschaftssekretär von der Heide einen instruktiven Vortrag über dieses Thema. Es würde unter dieser Rubrik zu weit führen, wollten wir die Einrichtung der Kasse des drei ersten hier erörtern; wir behalten uns dieses für den nächsten Artikel vor. Nach dem Vortrage gab Koll. Stockmann die rednerische Unterlage und wies nach, daß der erhöhte Lohnkosten wegen, es nicht gut möglich sei, daß die Beiträge von 2 Pfg. pro Kopf und Woche (vorläufig für die ersten 2 Jahre) von der Volalbeiträge getragen werden, sondern eine Erhöhung des Volalbeitrages zu empfehlen sei.

Eine recht lebhaft Debatte schloß sich diesen Ausführungen an. Insbesondere wurde von einigen Rednern befürchtet, daß einzelne Bestimmungen des Statuts der Kasse in ähnlicher Weise ausgelegt werden könnten. Durch die erhellenden Ausführungen des Referenten, sowie der Kollegen Hornbach, Knollmann, Stockmann und einiger anderen Kollegen, welche sich mit der Sache schon eingehender vertraut gemacht hatten, wurden diese Bedenken jedoch zerstreut.

Nach langer Diskussion wurde dann endlich mit übergroßer Majorität beschlossen, daß sich unsere Zahlstelle der Versicherungskasse anschließen solle. Sogleich wurde damit beschlossen, den Volalbeitrag um 5 Pfg. zu erhöhen.

In der folgenden Versammlung, am 19. August wurde dann desweiteren beschlossen, daß die von der Versicherungskasse zu zahlenden Tagegelder, voll den betreffenden arbeitslosen Mitgliedern zukommen sollen, als Zuschlag zu ihrer bisherigen Verbandsunterstützung. Ein Vorschlag, eine Kompensierung dahingehend vorzunehmen, daß die Sätze etwas vergrößert werden sollten zugunsten derjenigen Kollegen, welche nach 1/2-jähriger Beitragsleistung arbeitslos werden, wurde abgelehnt.

Die Unterstützungssätze erhöhen sich nunmehr nach 52 geleisteten Wochenbeiträgen um pro Tag 75 Pfg., nach 104 Beiträgen um 1 M., nach 168 Beiträgen um 1,25 M., nach 208 Beiträgen um 1,50 M. Die höchste Arbeitslosenunterstützung wird nunmehr für die I. Klasse pro Tag 4,00 M., für die II. Klasse 3,50 M., für die III. Klasse 3,25 M., für die IV. Klasse 3,00 M., und für die V. Klasse 2,75 M. betragen können. Diese erhöhte Unterstützung wird aber erst vom 7. Tage an bezahlt.

Ein befürchteter eventueller kleiner Mitgliederrückgang infolge der Erhöhung des Beitrages, hat sich als unbegründeter erwiesen, indem dieses Opfer von allen Mitgliedern im Interesse der Zahlstelle gebracht wurde. Mit Freude und Stolz können wir dieses Zeugnis von der Solidarität in unserer Zahlstelle geben.

Auch in sonstiger Beziehung herrsche ein gutes Verhältnis in unserer Zahlstelle. Haben wir doch gegenwärtig, trotz zahlreicher Abschiefe des schlappen Geschäftsganges, noch einen Mitgliederbestand von 102. Wir hoffen, daß sich im kommenden Herbst recht viele Kollegen finden werden, um unsere Zahlstelle auch weiterhin durch intensive Agitation vorwärts zu bringen.

Als Delegierte zur Zahlstellenkonferenz am 10. September in Düsseldorf wurden die Kollegen Wiff und Stockmann gewählt, und ist man hier überzeugt, daß die Konferenz für unseren Verband recht fruchtbringend wirken wird.

M.-Gladbach. Innerhalb der hiesigen Zahlstelle herrscht schon seit Monaten reges Leben. Durch Abhaltung von Betriebsbesprechungen und Hausagitation ist es gelungen die Mitgliederzahl bedeutend zu vernehmen. Über auch die Prinzipale, an der Spitze Herr Rahe, sind an der Arbeit, um für die Arbeitgeberorganisation am Orte, wie auswärts, Propaganda zu betreiben, unter dem Motto im Herbst streiten die Buchbinder.

Durch alle möglichen Neuerungen des lange Jahre bei der Firma Rahe, namentlich in der bisher als human bekannten Firma Ruffarth tätigen Betriebsleiters ist es schon zu ersten Differenzen gekommen. So haben die Goldschmittmacher die Kündigung eingereicht und falls nicht noch bis Samstag den 2. September eine Verständigung erzielt wird, beginnt am gleichen Tage für diese der Rußstand. Der „Generalanzeiger“ von M.-Gladbach brachte am Samstag, den 26. August folgenden Bericht:

„Die Lohnbewegung im Buchbindergewerbe hat begonnen. Bei der hiesigen Firma A. Ruffarth haben die christlich organisierten Goldschmittarbeiter in der Gesandtschaftsleitung die Kündigung eingereicht, weil ihnen die Betriebsleistung die geforderte Lohnerhöhung von 10 Prozent nicht bewilligt hat. Auf Anfrage wird uns mitgeteilt, daß die Firma nicht geneigt ist, auch nur im geringsten nachzugeben, da sie bedeutend höhere Löhne wie in Revelar und auch höhere Löhne wie die übrigen hiesigen Betriebe bezahlt und ein Durchschnittslohn von etwa 40 Mark pro Woche für die Arbeit als angemessen erachtet.“

Diese Berichterstattung ist geeignet, die Öffentlichkeit zu täuschen, weil sie in wahrheitswidriger Weise die Vorkommnisse schildert. 1. Steht fest, daß durch die Anordnungen des Herrn Wiff für jeden Goldschmittmacher eine wöchentliche Verdienstfortschreibung von mindestens 3,50 M. entstanden ist. 2. Kollege Hornbach, der wiederholt mit der Firma verhandelt hat, nun verlangt, daß für Flachschmitt mit spigen Edeln, pro 100 Stück 1 M. mehr bezahlt werde, damit die angeordneten Verschlechterungen in etwa ausgeglichen werden können. 3. Steht fest, daß diese Goldschmitt in Revelar und anderen Orten weit besser bezahlt wird. 4. Das Durchschnittsverdienst eines Goldschmittmachers beträgt nicht 40 M., sondern rund 33 M. pro Woche bei 10stündiger Arbeitszeit und vielen Überstunden.

Nicht um eine 10prozentige Lohnerhöhung dreht es sich hier, sondern um eine Abwehr, bezw. Ausgleich angeordneter Verschlechterungen. Falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird, dann werden wir auf die äußerst interessanten Verhandlungen in nächster Nummer ausführlich eingehen.

Goldschmittmacher allerorts, meldet M.-Gladbach.

München. Am 23. d. M. hielt die Arbeiterchaft der Firma Seyfried & Cie. eine Werkstubeversammlung ab. Nachdem die Tagesordnung torrekt und glatt erledigt war wurde die Versammlung geschlossen. Der größte Teil der Kollegen von Deutschen, sowie von unserem Verband blieben noch bei gemüthlicher Unterhaltung beisammen. Soweit war alles ganz schön und gut. Da fiel es auf einmal dem Genossen Mayer ein, durch laute Vorlesung eines Briefes, den, laut Münchener Post, (denn dieser war der Aufschnitt entnommen,) ein „Christlicher“ an ein Mädchen geschrieben haben soll, um seinen roten Nebenbuhler zu verdonnern. Titel und Inhalt des Briefes: Schürren, laßt der Münchener. Es ist darum um jedes Tröpfchen Lunte schade, daß man um dieses jämmerlichen Juhults willen verschreiben würde; denn 1. ist die Wahrheitsliebe des Münchener Sozialistenbattes hinlänglich bekannt und 2. ist das „Christlich“ für die Münchener Post ein sehr weiter Begriff. Doch nun das Andere. Wist man j. B. in einem Sozialistenwerke eine Schilberung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Zukunftsstaat, das heißt wenn der Sozialismus die Herrschaft angetreten hat, wie da die Menschen so schön, so harmonisch und brüderlich mit und nebeneinander leben werden und denke ich an den vorliegenden Fall, dann muß man schon ein starker Optimist sein, um diese Fantastien zu glauben. Das wünschte ich nur zu erleben, wenn alle die radikalsten Genossen so launisch werden und auch die Ueberzeugung Andersdenkender respektieren, denn solche wird es auch im Zukunftsstaat geben, oder hält sich die Sozialdemokratie für diesen Fall ein besonders „brüderliches“ Rezept bereit, wie solche Menschen zu behandeln sind. Jedenfalls ist ein solches Gebahren, wie es dem betref. Genossen beliebt, wenigstens nach den heute noch geltenden Sitten zu verwerfen und das hätte auch der Herr Genosse wissen müssen. Beachtenswert war, daß auch der Vorsitzende kein Wort des Tadelns gefunden hat, somit alle einverstanden war.

Die Kollegen vom graphischen Zentralverband werden sich sicher gegen derartigen „Verdammwürdigkeiten“ keine grauen Haare wachsen lassen, andererseits ist dieser Vorfall eine naturgetreue Illustration sozialdemokratischen Aktandsgefühles.

Uebrigens möchte ich dem Genossen neben der schönen geistigen „Münchener Post“ empfehlen sich auch einen „Kniige“ anzuschaffen, und wird ihm solcher sicher nicht zum Schaden gereichen.

Schli. Die Arbeiterchaft der in Würzburg gelegenen Papierfabrik der Firma Gebr. Hossjümmmer, die zu einem großen Teile dem Grap. Zentralverbande angehört, glaubt manchen Grund zur Klage zu haben. Neben der tatsächlich teilweise noch ungenügenden Entlohnung sind es speziell die Uebergriffe eines Meisters, die die Geduld der Arbeiterchaft erschöpft haben und zu einem Einsetzen der Organisation drängen. Auch ist zu betonen, daß die Firma anscheinend im Verprechen das weitgehendste Entgegenkommen zeigt, dann aber später sich des Verprochenen keineswegs mehr erinnert. Nachdem auf die mehrmaligen Vorstellungen des Gewerkschaftsausschusses wohl Verprechungen aber keine Abänderungen der gerügten Missethate erfolgt sind, glaubt die Arbeiterchaft nicht mehr länger untätig zusehen zu dürfen. Zwei im Laufe der letzten Wochen abgehaltenen Betriebsversammlungen, wozu auch der Bezirks- sowie der Verbandsleiter erschienen waren, befaßten sich mit den angeführten Missethaten und beschloßen eine Mendertung anzustreben. Ue jedoch der Verband als solcher in Erscheinung tritt, soll der Fabrikaußschuß nochmals nachstellig werden und ein energisches Wort mit der Firma reden, um sie damit gleichzeitig aber auch auf die Konsequenzen einer erneuten Verschleppung hinzuweisen.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

Kugzburg. Jeden 2. Samstag, im Monat im Verkehrslokal der christl. Gewerkschaften.

Wormen. Jeden 1. Samstag im Monat, abwechselnd im Restaurant Vogel, Rüdigerstr. 16 in Wormen und Restr. Wilms, Ludwigsstr. 31 in Eberfeld. Nächste außerordentliche, am 9. September in Wormen.

Berlin. Mittwoch, den 6. Sept., abends 8 1/2 Uhr, bei Reuter Köpenickerstr. 62.

Dresden. Samstag, den 2. Sept. Abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag. Neue Post, kleiner Saal. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Düsseldorf. Samstag, den 2. Sept., Versammlung mit Vortrag. Alle erscheinen.

Hagen. Samstag, den 2. Sept., 8 1/2 Uhr bei B. Giesh. Köpenerstr.

Kempten. Samstag, den 2. Sept., mit Vortrag.

Köln. Samstag, den 2. Sept. mit Vortrag, Einführung in die Reichsversicherungsordnung im Cricket.

München. Samstag, den 9. Sept. im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Münster. Samstag, den 2. Sept. bei Siegmund, Clemensstr. Pünktliches Erscheinen Ehrenpflicht.

Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jahnbinerstraße.

Stuttgart. Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Café zum Herzog G y r i s t o p h. Christophstr. 11 P.

Würzburg. Am Dienstag, den 5. Sept.

Verfassungen. Bericht Freiburg ist zu spät eingelaufen.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14. Köln-Chrenfelder Handeldruckerei, Klarastr. 9.